

»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.« (Karl Marx)

WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Nr. 0 24. April 2012

Internationalismus statt Krise!



Der 1. Mai wurde 1889 zum internationalen Kampftag der ArbeiterInnenbewegung. Das Datum sollte an den Generalstreik der amerikanischen ArbeiterInnen für den Acht-Stunden-Tag erinnern, der nur drei Jahre zuvor in der ArbeiterInnenhochburg Chicago blutig von der Polizei niedergeschlagen wurde.

Heute steht das Proletariat in Griechenland wieder dem kapitalistischen Repressionsapparat gegenüber, um historische Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung, wie eben den Acht-Stunden-Tag, gegen die Spardiktate des griechischen und deutschen Kapitals zu verteidigen. Deshalb hat der 1. Mai auch nach über hundertjährigem Bestehen nicht an Bedeutung eingebüßt.

Am Dienstag, dem 1. Mai, gilt es, ein Zeichen zu setzen: Gegen die sozialen Angriffe in Griechenland und Südeuropa, gegen den dahinterstehenden deutschen Imperialismus und für internationale Solidarität.

In der Hoffnung, die zunehmende wirtschaftliche Destabilisierung im Rest Europas aufzuhalten und Grundlagen für noch höhere Ausbeutungsraten zu legen, werden der lohnabhängigen Bevölkerung Griechenlands mit aller Gewalt die Kosten einer Krise aufgeladen, die sie selbst nicht verursacht hat. Entgegen der rassistischen Propaganda der deutschen Konzernmedien, rühren die Schulden Athens keinesfalls von irgendeiner „faulen Mentalität“ oder einem „ausuferndem Sozialstaat“ her, sondern durch die vom deutschen Kapital erzwungene und von den nationalen, bürgerlichen Regierungen gegen „monetäre Anreize“ gewährte Defizitkonjunktur Südeuropas zu Gunsten der besitzenden Klasse des europäischen Nordens.

In diesem Licht erscheinen dann auch „Hilfspakete“, Kürzungen und Privatisierungen weniger als Krisen-Lösung denn als bürgerliche Sozial-Offensive.

In den Städten und Betrieben Griechenlands beginnt sich dagegen eine progressive Lösung zu etablieren. In einigen Betrieben, wie dem Krankenhaus der Stadt Kilkis oder auch der bestreikten Tageszeitung Eleftherotypia, manifestiert sich die Perspektive der ArbeiterInnenkontrolle. Das heißt, Produktion durch und unter der demokratischen Kontrolle der ArbeiterInnen-schaft ohne und gegen die BesitzerInnen.

Diese Perspektive muss von den anderen ArbeiterInnen in Griechenland und ganz Europa aufgenommen werden. Denn nur die Enteignung der Produktionsmittel und ihre Stellung unter ArbeiterInnenkontrolle kann die wachsende Misere noch aufhalten. Dies muss aber auch mit der Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle des Bankwesens und des Außenhandels verbunden werden, also mit einer Perspektive der Übernahme und Verwaltung der kompletten Wirtschaft durch die ProduzentInnen selbst, mit einer Regierung der ArbeiterInnen an der Spitze.

Der deutsche Imperialismus schlägt nicht in Griechenland zu, um die „eigene“ ArbeiterInnenklasse zu verschonen. Bedeutende Teile des deutschen „Export-Wunders“ wurden auch auf den Rücken einer zunehmend prekarierten ArbeiterInnen-schaft vor Ort ausgetragen. Die Spardiktate in Griechenland stehen der lohnabhängigen Bevölkerung der BRD in Formen wie der Schuldenbremse und anderem gleichsam bevor.

- Hoch die internationale Solidarität!
- ArbeiterInnenkontrolle statt Entlassungen!
- Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft!

1. Mai-Demos in Berlin:
9 Uhr Hackescher Markt / 18 Uhr Lausitzer Platz

Wer wir sind

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ (Karl Marx)

Und das wird sie auch noch eine Weile sein. Mit der neuen Flugschrift **WAFFENDERKRITIK** wollen wir unter den Studierenden und Beschäftigten der Universitäten eine klassenkämpferische Perspektive verbreiten. Denn auch erstere werden nach ihrem Studium zum allergrößten Teil zur ArbeiterInnenklasse oder einer zunehmend proletarisierten Mittelklasse gehören. Wir treten für eine Perspektive der praktischen Solidarität zwischen Studierenden und ArbeiterInnen ein. Wir wollen auch die Ideologie der herrschenden Klasse entgegentreten: Genauso wie die bürgerliche Universität die DienerInnen der herrschenden Klasse ausbilden soll, so soll eine marxistische Hochschulgruppe die KämpferInnen der unterdrückten Klassen ausbilden.

Mit dieser Perspektive startet **WAFFENDERKRITIK** an gleich zwei Universitäten und knüpft an der FU Berlin an die Publikation für Universitätsbeschäftigte „Unser Werkblatt“ und an der Uni Potsdam an die Flugschrift „TheseXI“ an.

Wir werden über eine Spannweite von Themen berichten, die sich von internationaler Politik über Arbeitskämpfe vor Ort bis hin zu linken Aktionen an der Universität erstreckt. Dabei bietet unser Blatt Raum für interessierte Beschäftigte und Studierende, selbst kürzere und längere Artikel zu publizieren. In offenen Treffen wollen wir gemeinsam mit Euch weitere Ausgaben erstellen, politische Diskussionen führen und praktische Aktionen von Demo-Besuchen und Info-Veranstaltungen bis hin zu Streik-Solidelegationen organisieren.

Wenn ihr interessiert seid, kommt zu unseren Treffen oder kontaktiert uns.

Herausgegeben von

R10 und unabhängigen Studierenden

VfSdP: R. Müller, Hamburg

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

ABC des Marxismus

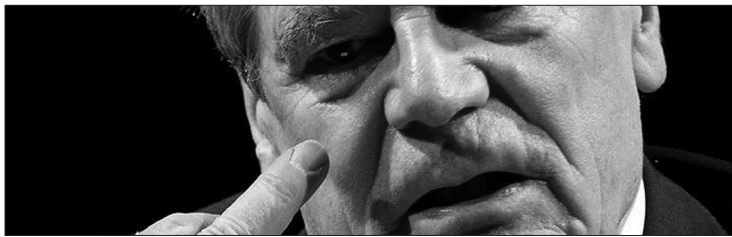
A wie Arbeiter*innenklasse

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts manifestiert sich die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft in Form eines drei Milliarden Menschen umfassenden Proletariats. Dieses ist durch die Existenz des „doppelt freien Arbeiters“ (Marx) gekennzeichnet: Im Gegensatz zu früheren, arbeitenden Klassen (Sklav*innen, Leibeigene) ist es frei von allgemeinem juristischem Zwang, sich Autorität und Ausbeutung zu unterwerfen. Im Gegensatz zur herrschenden Klasse ist es jedoch genauso frei von jedwedem Besitz an Produktionsmitteln, außer seiner eigenen Arbeitskraft, so dass ihm innerhalb des Kapitalismus keine klassen-umfas-

sende Alternative zur „freien“ Unterwerfung unter Lohnabhängigkeit bleibt.

Was die moderne Arbeiter*innenklasse jedoch außerdem von ihren historischen Vorgängerinnen unterscheidet, ist ihr materielles Potential. Sie produziert als Klasse allen Reichtum arbeitsteilig auf Grundlage ungeheurer Produktivkräfte. Der Kapitalismus hemmt deren volle Entfaltung inzwischen jedoch stetig in Form von Krisen, Kriegen und einer allgemein planlos-destruktiven Wirtschaftsordnung. Neben seiner krisenhaften Realität ist es dem Kapitalismus jedoch ebenso eigen, das Proletariat als Antwort auf eine ewig

zyklische, relative Verelendung zur gewerkschaftlichen und schließlich zur politischen Organisation zu treiben. So ist es die moderne Arbeiter*innenklasse, welche den aktuellen Widerspruch zwischen einer gesamtgesellschaftlich-arbeitsteiligen Produktion und dem Privateigentum an Produktionsmitteln einer schmalen Klasse von Kapitalist*innen, in Form einer demokratisch geplanten Wirtschaft progressiv aufheben kann. Der Kapitalismus kann also nur die ArbeiterInnenklasse überwunden werden, durch Vergesellschaftung der gesamten Wirtschaft unter einem rätedemokratischen Arbeiter*innenstaat.



Wir sind Gauck

„Endlich hat das Volk seinen Präsidenten der Herzen. Ich hätte ja gerne mal was für's Hirn gehabt.“ (Volker Pispers)

Am 18. März war es offiziell. Joachim Gauck ist der elfte Bundespräsident der Bundesrepublik. Die Kosten für die 1244 Mitglieder der Bundesversammlung hätte man sich aber sparen können. Schließlich wusste Gauck offensichtlich schon Wochen vorher das Ergebnis, was er sofort seinem Taxifahrer mitteilen musste. Das mit dem Parlamentarismus muss man ihm offensichtlich noch einmal erklären.

Seinen Onkel, seit 1931 Mitglied des NSDAP und SA-Gruppenführer, entschuldigt Gauck immer wieder als Mitläufer des Nazi-Regimes. Auch dass die erbbiologische Erfassung und damit auch die Vernichtung von Juden/Jüdinnen ohne die katholische und evangelische Kirche, bei der Gauck Karriere gemacht macht, niemals möglich gewesen wäre, scheint Gauck vergessen zu haben. Des Weiteren ist Gauck Mitglied der rechten Lobbyisten-Organisation „Atlantik-Brücke“, die sich 2003 in der New York Times dafür entschuldigte, dass die Bundeswehr unter der Schröder-Regierung nicht mit in den Irak einmarschierte.

Den Freiheitskämpfer Gauck sucht man ebenfalls vergebens. Anstatt sich zu den Armen zu bekennen, propagiert er fröhlich den Kapitalismus und die Demokratie der Marktherren und Monopolisten. So werden auch das Hartz IV-System und der Afganistan-Einsatz von Gauck vehement verteidigt. GegnerInnen dieser sogenannten Demokratie hingegen kriegen vom „Bürgerrechtler“ ihr Fett weg und werden von ihm als „unsäglich albern“ abgestempelt.

MARXISTISCHERLESEKREIS in Potsdam. Ab dem 24. April jeden zweiten Dienstag, 16:15 Uhr, Raum 03.01.114. Thema: „Sozialreform oder Revolution?“ von Rosa Luxemburg.

Profs gegen Streiks

Während in anderen europäischen Ländern immer öfter Generalstreiks gegen die massiven Kürzungen und die Auswirkungen der Krise ausgerufen werden (zuletzt am 29. März in Spanien), herrscht in Deutschland noch wenig Kampfbereitschaft. Wenn aber doch mal ein Streik ansteht, ist die Aufregung groß: Jede spürbare Auswirkung ist zunächst mal „unverhältnismäßig“ und jede Lohnforderung, die über die Inflationsrate hinausgeht wird gleich als überzogen kritisiert – obwohl die betroffenen Unternehmen oft Millionengewinne machen.

Mit an die Spitze der StreikgegnerInnen hat sich im März eine Gruppe von Jura-ProfessorInnen der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftung gestellt. Diese haben ein Gesetz vorgeschlagen, mit dem das bestehende Streikrecht stark eingeschränkt werden soll – vor allem in Bereichen der Infrastruktur wie Verkehr, Telekommunikation, Müllabfuhr oder Gesundheitswesen. Das Gesetz würde die Gewerkschaften zur Teilnahme an einer Schlichtung verpflichten, wenn das Unternehmen dies fordert – als könnte es einen „neutralen“ Schlichter geben, der die gegensätzlichen Interessen von ArbeiterInnen und UnternehmerInnen überbrücken kann.

Für kleine Gewerkschaften sollen Streiks gleich ganz verboten werden – sie müssen mindestens 15% eines Betriebes oder einer Branche (!) vertreten, um überhaupt zur Arbeitsniederlegung aufrufen zu dürfen. Die Jura-ProfessorInnen sorgen sich angeblich um die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung. In Wirklichkeit zeigen sie, dass die Universität im Kapitalismus nicht einfach für die „Bildung“ da ist, sondern ideologische und politische Legitimation für die herrschende Klasse liefert. Schon deswegen geht das Streikrecht auch Studierende an.



WAFFENDERKRITIK wird auf offenen Treffen erarbeitet. Zum Beispiel auf der Universität Potsdam: Jeden Montag, 16:00 Uhr, Raum 3.06.S16.

Herausgegeben von
R10 und unabhängigen Studierenden

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

VSdP: R. Müller, Hamburg